

NR. 0185

Datum: 27. Februar 2009

**Wirtschaft und Commerzbank müssen Menschenrechte und Standards in Angola einhalten**

Anlässlich des 2. Deutsch-Angolanischen Wirtschaftsforums erklären Ute Koczy, entwicklungspolitische Sprecherin und Wolfgang Strengmann-Kuhn, außenwirtschaftspolitischer Sprecher:

Die Menschen in Angola brauchen Unterstützung. Knapp 35 Jahre nach der Unabhängigkeit ist Angola ein typisches Ölförderland, in dem der Reichtum an der Mehrheit der Bevölkerung vorbei geht. Einkommen und Vermögen sind extrem ungleich verteilt, die humanitäre Lage schlecht und die Mütter- und Kindersterblichkeit gehört zu den höchsten der Welt. Hinzu kommt, dass die Regierung unter Präsident dos Santos nichts tut, um die Vorwürfe von Wahlfälschung und -betrug bei den Parlamentswahlen 2008 aufzuklären. Die Presse- und Meinungsfreiheit werden nach wie vor eingeschränkt, die Verabschiedung eines neuen Pressegesetzes hängt seit 2006 in der Luft. Hinzu kommt, dass die Bekämpfung eines Aufstandes in der nördlichen Enklave Cabinda als Legitimation benutzt wird, friedlichen Oppositionellen das Recht auf Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und einen fairen Prozess abzusprechen. Im vergangenen Jahr hat die angolische Regierung das Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte geschlossen.

Wir fordern deutsche Unternehmen und die Commerzbank auf, ihre Interessen mit Rücksicht auf die Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards zu verfolgen. Die deutsche Regierung tut schlecht daran, Kredite an die Commerzbank mit Bürgschaften aus Steuergeldern zu unterstützen, ohne mehr Transparenz im Rohstoffsektor zu fordern. Angola ist bislang nicht der freiwilligen Transparenzinitiative in der rohstofffördernden Industrie EITI beigetreten. Wir fordern die deutschen Unternehmen daher auf, selbst für eine Veröffentlichung ihrer Zahlungen an die Regierungen zu sorgen, damit die Öffentlichkeit erfährt welche Summen fließen und Korruption bekämpft werden kann.

Problematisch ist auch die Absicherung von Krediten durch Öllieferungen über einen Zeitraum von 20 Jahren. China hat sich hier zusammen mit der Commerzbank auf einen Deal mit Angola eingelassen, bei dem voraussichtlich der künftige Reichtum Angolas verpfändet wird, ohne eine Armutsbekämpfungsstrategie zu verfolgen oder auf internationale Standards bei Arbeitnehmerrechten zu achten. Das muss sich ändern.